



Niederschrift 63. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 06.09.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:07 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende

Herr Matthias Finken	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister	Vertretung für Herrn Jann Jakobs, Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Herr Marcus Krause	SPD
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD
Herr Peter Schultheiß	SPD
	CDU/ANW
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	ab 17:05 Uhr
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Eric Blume	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt

Schriftführer:

Herr Martin Mehlis, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.07.2017, vom 04.07.2017 und vom 28.06.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden
Vorlage: 17/SVV/0446
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung
Vorlage: 17/SVV/0489
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 3.3 Neuausrichtung Standortmanagement Golm
Übernahme von zwei Gesellschaften
Vorlage: 17/SVV/0529
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 3.4 Weiternutzung Rechenzentrum
Vorlage: 17/SVV/0536
Fraktion DIE LINKE
- 3.5 Beleuchtung des Weges zwischen Zeppelinstraße und Schafgraben
Vorlage: 17/SVV/0568
Fraktion SPD
- 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Berichterstattung zum Beteiligungsverfahren Altbausiedlungen
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.2 Dienstleistungen der Deutschen Post AG in der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.3 Ergebnisse Prüfauftrag - Weiterführung der Buslinie 612
Vorlage: 17/SVV/0702
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.4 Information zur Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0251 "Besichtigung
Pfingstberg"
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 Statistische Auswertung des Maerker-Portals 2016
Vorlage: 17/SVV/0699
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils
der Sitzung vom 12.07.2017 und vom 28.06.2017
- 7.1 Unterbringung und Betreuung in einer Gemeinschaftsunterkunft
Vorlage: 17/SVV/0692
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Personalangelegenheit
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht, Personal und Organisation
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Finken eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 12.07.2017, vom 04.07.2017 und vom 28.06.2017**

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen ist:

- der **Tagesordnungspunkt 3.4, Weiternutzung Rechenzentrum, DS 17/SVV/0536**, da das Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft fehlt.

Zu ergänzen ist:

- Unter **6., Sonstiges**, sollen die Themen - **Rechtsgutachten Kitafinanzierung**; und **Offener Brief des Amtes Niemeck bzgl. des Klinikums Bad Belzig** behandelt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 60. Sitzung des Hauptausschusses vom 28.06.2017 wird mehrheitlich, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 61. außerordentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 04.07.2017 wird mehrheitlich, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 62. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.07.2017 wird ebenfalls mehrheitlich, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.1 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden
Vorlage: 17/SVV/0446
Fraktion DIE LINKE**

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass der Antrag ursprünglich mit einem eindeutigen Bezug zum 8. Mai eingebracht wurde. Erst in der Diskussion des Antrages im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sei ein Zusammenhang zum Gedenkkonzept der Landeshauptstadt Potsdam hergestellt worden. Den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP trage die Fraktion DIE LINKE mit. In der geänderten Fassung des Antrages aus dem Ausschuss für Bildung und Sport würde der 8. Mai jedoch gar nicht mehr explizit genannt. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er ein allgemeines Konzept für alle Gedenktage kritisch sehe. Er fordert, dass die Fassung des Antrages aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zuerst abgestimmt wird.

Herr Schüler merkt an, dass ihm die Fassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft nicht vorliegen würde. Herr Finken entgegnet, dass der Text allen Mitgliedern des Hauptausschusses vorliege. Der Antrag sei im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft bereits vor der Sommerpause behandelt worden. Er bestätigt, dass der Antrag in der geänderten Fassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft zuerst abgestimmt werden soll.

Herr Heuer kündigt an, dass seine Fraktion die Fassung des Antrages aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft unterstützen wird.

Frau Aubel, Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport, bittet um eine Terminverschiebung für das Konzept bis **Januar 2018**. Herr Dr. Scharfenberg stimmt der Terminverschiebung zu.

Im Anschluss wird der Antrag in der Fassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft und mit der Terminverlängerung bis Januar 2018 zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Veranstaltern des Gedenkens an den Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus **und anderen für Erinnerungs- und Gedenkkultur in Potsdam Verantwortlichen das Potsdamer „Konzept zur Erinnerungskultur“, zu überarbeiten bzw. zu ergänzen, mit dem Ziel, bei jungen Menschen Interesse an die Erinnerungs- und Gedenkkultur zu wecken bzw. zu verstärken. Insbesondere sollen sich Potsdamer Schulen bei Veranstaltungen aktiv einbringen können, z.B. durch Kunstprojekte oder den Einsatz neuer Medien.** ~~ein Konzept zu erarbeiten, welches den Potsdamer Schulen verstärkt die Möglichkeit bietet, sich an diesem Gedenken zu beteiligen.~~

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im ~~September 2017~~ **Januar 2018** vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3.2 **1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung**

Vorlage: 17/SVV/0489

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation

Herr Kube fragt, warum die Beurkundungsgebühren bei Vaterschaftsanerkennungen von Null auf 30 Euro steigen. Er merkt an, dass diese Gebühren besonders die Haushalte träfen, die generell schon wenig finanzielle Mittel zur Verfügung hätten. Gebühren können und sollten erhoben werden, jedoch nicht in dieser Höhe.

Herr Schubert antwortet, dass die Höhe der Beurkundungsgebühren bei Vaterschaftsanerkennungen in Brandenburg zwischen 22 und 58 Euro schwanken würde und das die Landeshauptstadt Potsdam dazu angehalten sei, Gebühren zu erheben. Herr Kube entgegnet, dass Brandenburg das einzige Bundesland sei, in dem solche Gebühren überhaupt erhoben werden.

Herr Exner weist in diesem Zusammenhang auf das Zukunftsprogramm hin und

merkt an, dass die Beurkundung beim Standesamt bereits jetzt gebührenpflichtig sei und bisher nur beim Jugendamt keine Gebühren erhoben würden. Herr Schubert ergänzt, dass die Landeshauptstadt Potsdam nicht frei in der Erhebung der Gebühren sei.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass die rot markierten Änderungen in der Austauschseite auch für Volksbegehren gelten sollten. Auf Landesebene soll zukünftig eine entsprechende Regelung geschaffen werden. In der aktuellen Vorlage sei dies noch nicht berücksichtigt.

Im Anschluss wird die Vorlage mit der Austauschseite zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam (1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung)

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Gegenstimme.

**zu 3.3 Neuausrichtung Standortmanagement Golm
Übernahme von zwei Gesellschaften
Vorlage: 17/SVV/0529**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Finken liest die Vorlage vor. Da es keine Wortmeldungen dazu gibt, wird die Vorlage im Anschluss direkt zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das Standortmanagement für den Wissenschaftspark Potsdam-Golm soll ab dem 01.01.2018 gemeinsam durch die Landeshauptstadt Potsdam und die Universität Potsdam erbracht werden. Für diesen Zweck soll gemeinsam die GO:INcubator GmbH, einschließlich deren Tochtergesellschaft Standortmanagement Golm GmbH, erworben werden.
2. Die Landeshauptstadt Potsdam erwirbt 51 Prozent der Gesellschaftsanteile an der „GO:INcubator GmbH“ zum Kaufpreis von 19.125,- Euro.
3. Die Landeshauptstadt Potsdam stattet die Gesellschaften mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von 51.000,- Euro sowie einer Liquiditätsausstattung in Höhe von 102.000,- Euro aus. Die Liquiditätsausstattung erfolgt in Form einer zweckgebundenen Einzahlung in die Kapitalrücklage.
4. Die Arbeit des Standortmanagements für die Jahre 2018 bis 2022 wird - vorbehaltlich der notwendigen Haushaltsbeschlüsse - mit einem jährlichen Beitrag der Landeshauptstadt Potsdam in Höhe von 42.000,- Euro unterstützt.
5. Die Führung der Gesellschaften gemeinsam mit der Universität

Potsdam (dann 49%-iger Anteilseigner) erfolgt auf der Basis der anliegenden Gesellschaftsverträge.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.4 **Weiternutzung Rechenzentrum**
Vorlage: 17/SVV/0536
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Votum des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft fehlt

zu 3.5 **Beleuchtung des Weges zwischen Zeppelinstraße und Schafgraben**
Vorlage: 17/SVV/0568
Fraktion SPD

Auf eine Einbringung des Antrags wird verzichtet. Herr Rubelt sagt, dass die Verwaltung bereits Gespräche mit der Deutschen Bahn AG, Eigentümerin des Grundstücks, führen würde und ein Beschluss des vorliegenden Antrags nicht zwingend notwendig sei.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG als Eigentümer des Weges zwischen Zeppelinstraße und Schafgraben Gespräche mit dem Ziel der beleuchtungstechnischen Erschließung des Weges zu führen. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Dezember 2017 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Gegenstimme.

zu 4 **Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, verweist auf die schriftlich vorliegenden Einwohnerfragen und stellt die Vorschläge der Verwaltung zu deren Beantwortung vor. Die Fragen 1, 4 und 7 sollen durch den Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung beantwortet werden. Die Fragen 3, 5, 6 und 8 durch den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt. Frage 2, zu eventuellen Unterrichtsproblemen an Potsdamer Schulen, soll nicht beantwortet werden, da das Thema Bildung Sache des Landes Brandenburg sei.

Frau Dr. Müller spricht sich dagegen aus, die Frage 2 nicht zu beantworten und fordert, dass die Landeshauptstadt Potsdam die gefragten Informationen vom Land Brandenburg einholen soll. Herr Kirsch fragt anschließend, ob dies kurzfristig überhaupt möglich sei.

Herr Kümmel betont, dass in der Einwohnerfragestunde nur Themen behandelt werden sollten, die auch Sache der Landeshauptstadt Potsdam seien. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass die Verwaltung zum „Auskunftsbüro“ für Fragen zu allen möglichen Themengebieten werde. Herr Exner und Frau Dr. Wegewitz schließen sich dieser Auffassung an.

Herr Schüler erinnert an den „Lehrerersatzpool“, der durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde und regt an, darüber zu informieren.

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass die Stadt Schulträger sei. Es würden in den vorliegenden Fragen wichtige Punkte angesprochen, die zu beantworten seien. Der Bürger würde „verprellt werden“, sollten die Fragen nicht beantwortet werden.

Herr Heuer bietet an, die Antworten auf die gestellten Fragen beim zuständigen Landesministerium einzuholen und diese anschließend dem Fragestellenden zur Verfügung zu stellen.

Frau Müller fragt, was dem Fragestellenden in der Zwischenzeit geantwortet werden soll. Herr Finken antwortet, dass ihm mitgeteilt werden solle, dass die Antworten beim zuständigen Landesministerium eingeholt und ihm anschließend schriftlich zur Verfügung gestellt würden.

Über die vorgeschlagene Vorgehensweise wird anschließend abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Berichterstattung zum Beteiligungsverfahren Altbausiedlungen Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, stellt mit Hilfe einer Präsentation das durchgeführte Dialogverfahren vor und geht auf die Ausgangssituation, die Ergebnisse und den Ablauf des Beteiligungsverfahrens ein. Anschließend übernimmt Herr Westphal, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH, und geht weiter auf den baulichen Zustand der besprochenen Altbausiedlungen sowie den Sanierungsprozess ein.

Herr Kirsch fragt, wie hoch die Sanierungskosten pro Quadratmeter in der Heidesiedlung waren. Er fragt weiter nach der höchsten Miete im Objekt Behlerstraße und warum das Dachgeschoss in der Heidesiedlung nicht ausgebaut worden sei.

Herr Westphal antwortet, dass die Baukosten in der Heidesiedlung zwischen 1.800 und 2.200 Euro je Quadratmeter gelegen hätten. Zum Ausbau des Dachgeschosses könne er keine Aussage machen. Die Höchstmiete in der Behlerstraße läge bei 9,50 Euro.

Herr Heuer fragt, ob es in den in der Präsentation dargestellten Objekten frei

vermietbare Wohnungen gebe. Herr Westphal antwortet, dass ihm keine Leerstände bekannt seien.

Herr Kube fragt, ob die Einnahmen aus den Mieten vor der Sanierung der genannten Objekte bei der Finanzierung der jetzt durchgeführten Sanierung berücksichtigt wurden. Herr Westphal beantwortet diese Frage mit einem Ja.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die geführten Diskussionen mit den Mietern und fragt, wie viele Mieter nach der Sanierung in ihren Wohnungen geblieben sind. Herr Westphal kann hier keine genaue Zahl nennen, betont aber, dass es sehr viele Mieter seien. Eine genaue Zahl könne er bei Bedarf nachliefern.

Abschließend lobt Herr Finken die geleistete Arbeit und dankt für die Präsentation. Die Mitteilung wird **zur Kenntnis** genommen.

zu 5.2 Dienstleistungen der Deutschen Post AG in der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, führt in den Tagesordnungspunkt ein. Im Anschluss stellt Frau Brandes-Herlemann, Regionale Politikbeauftragte der Deutschen Post AG, in einer Präsentation die Situation der Deutschen Post AG im Allgemeinen und die Pläne für die Landeshauptstadt Potsdam vor. Im Anschluss erhalten die Mitglieder des Hauptausschusses die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Frau Müller berichtet, dass Briefe teilweise sehr lange unterwegs seien fragt nach den normalen Laufzeiten. Sie fragt weiter danach, an welchen Tagen in Potsdam die Post zugestellt werde. Frau Brandes-Herlemann antwortet, dass Briefe in der Regel einen Tag später beim Empfänger ankommen sollen. Die Zustellung erfolge an 6 Tagen in der Woche.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich bei Frau Brandes-Herlemann und sagt, dass die Schließungen der Postfilialen im Stern-Center und in Babelsberg „absurd“ seien. Der Bedarf sei an diesen Standorten gegeben. Er fragt, ob die Versorgung laut Richtlinie in Potsdam gegeben sei. Frau Brandes-Herlemann antwortet, dass es schwierig sei Betreiber für die Filialen zu finden. Die Versorgung entsprechend Richtlinie werde jedoch sichergestellt. Die angesprochene Filiale im Stern-Center sei von der Postbank, einem mittlerweile eigenständigem Unternehmen, betrieben worden. Bezüglich der Post Filiale in Babelsberg sei man um eine Lösung bemüht.

Herr Schultheiß erkundigt sich danach, ob bereits Elektro-Lieferwagen in Potsdam eingesetzt werden. Frau Brandes-Herlemann antwortet, dass dies im Zustellbereich Berlin/Potsdam noch nicht der Fall sei.

Herr Finken bedankt sich bei Frau Brandes-Herlemann. Die Mitteilung wird **zur Kenntnis** genommen.

zu 5.3 Ergebnisse Prüfauftrag - Weiterführung der Buslinie 612
Vorlage: 17/SVV/0702
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis** genommen.

zu 5.4 Information zur Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0251 "Besichtigung Pfingstberg"

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Rubelt schlägt den 13. November 2017, 15 bis 17 Uhr als Besichtigungstermin für den geschlossenen Park am Pfingstberg vor. Eine vorherige Besichtigung des Areals sei nicht möglich. Es gibt keine weiteren Nachfragen.

zu 5.5 Statistische Auswertung des Maerker-Portals 2016

Vorlage: 17/SVV/0699

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, führt in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt das Maerker-Portal als Teil der Bürgerbeteiligung. Im Anschluss stellt Frau Schmidt, Sachbearbeiterin Ideen- und Beschwerdemanagement/Maerker-Redakteurin, im Rahmen einer Präsentation die wichtigsten Kennzahlen aus dem Jahr 2016 dar.

Herr Schultheiß lobt das Maerker-Portal als wichtiges Werkzeug, um schnell und einfach auf Missstände in der Stadt reagieren zu können. Er bittet darum, den Vortrag bitte auch vor dem Beteiligungsrat zu halten.

Frau Dr. Schröter fragt, ob es auch Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern zu erledigten Maerker-Einträgen gibt. Frau Schmidt antwortet, dass dies eher selten der Fall ist.

zu 6 Sonstiges

Rechtsgutachten Kitafinanzierung

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, berichtet, dass noch Nacharbeiten am Gutachten notwendig seien. Eine genaue Vorstellung des Gutachtens solle am 13.09.2017 in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Frau Dr. Müller fragt, wie die Aufgabenstellung an den Gutachter lautete. Herr Schubert antwortet, dass geklärt werden sollte, wer welche Ansprüche, in welcher Höhe und gegenüber wem hätte.

Offener Brief des Amtes Niemegek bzgl. des Klinikums Bad Belzig

Herr Schubert berichtet über die Antwort der Landeshauptstadt Potsdam auf den offenen Brief des Amtes Niemegek bezüglich des Klinikums Bad Belzig. Das Schreiben läge den Fraktionen vor.

Frau Dr. Müller fragt, welche Leistungen im Klinikum Bad Belzig gewollt sind und regt ein Gespräch mit dem zuständigen Ministerium im Oktober an. Eine „vernünftige“ Kommunikation müsse wieder hergestellt werden. Herr Schubert betont, dass es keine Rückmeldung auf das Antwortschreiben der Landeshauptstadt Potsdam gegeben habe. Die Klärung des Sachverhaltes solle intern und nicht offen erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass es einen Zwischenbericht zur AG Wohnungstausch geben sollte. Herr Schubert kündigt diesen für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 27.09.2017 an.